

15.03.2018 – PM 14/2018

Rückgang der Baugenehmigungen für Wohnungen

## IG BAU: Fehlende Sozialwohnun- gen sind drängendstes Problem

**Frankfurt am Main** - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert von der neuen Bundesregierung, den Bau bezahlbarer Wohnungen zur Chefsache zu machen. Wie das Statistische Bundesamt heute (für die Red.: 15. März 2018) mitgeteilt hat, ist die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen 2017 um 7,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. „Trotz richtiger Schritte zur Wohnraumförderung in den vergangenen Jahren sehen wir einen Rückgang der Baugenehmigungen für Wohnungen. Das zeigt, die Anstrengungen reichen noch nicht aus. Wohnen ist ein elementares Recht. Dem muss sich die neue Bundesregierung mit ganzer Kraft widmen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Es fehlen rund eine Million Wohnungen in Deutschland. Vor allem in Metropolregionen. Es müssen jährlich 80 000 Sozialwohnungen und 60 000 bezahlbare Wohnungen gebaut werden, um den Bedarf auch nur annähernd zu decken. Deshalb ist es alarmierend, wenn die Statistik trotz der erhöhten Bundesförderung im vergangenen Jahr keinen Anstieg der Baugenehmigungen für Mehrfamilienhäuser und einen Rückgang bei Ein- und Zweifamilienhäusern ausweist.“

Sozialwohnungen wie auch bezahlbare Wohnungen entstehen typischerweise im Geschossbau. Laut Statistischem Bundesamt blieb die Zahl der Genehmigungen für Mehrfamilienhäuser 2017 nahezu unverändert bei 172 630. Von diesen genehmigten Wohnungen werden in der Praxis gut zehn Prozent nicht gebaut. Somit schließt sich die Versorgungslücke der bezahlbaren Wohnungen nicht. Um dies zu erreichen, müsste laut einer Studie im Auftrag des Verbändebündnis Wohnungsbau, an dem die IG BAU sich beteiligt, jede fünfte neu errichtete Wohnung eine Sozialwohnung sein. Denn entgegen der weit verbreiteten Ansicht haben nicht nur die Allerärmsten einen Anspruch auf Sozialwohnungen. In Großstädten sind es laut Studie

zwischen einem Drittel und der Hälfte aller privaten Haushalte, die grundsätzlich einen Anspruch auf eine Sozialwohnung hätten.

„Die Schieflage im Sozialwohnungsbau ist eines der drängendsten Probleme. Nicht nur Geringverdienerhaushalte finden keine Wohnung. Selbst, wer regelmäßig ein festes, aber niedriges Einkommen erarbeitet oder wer auch nur einen negativen Eintrag bei der Kreditauskunft hat, hat auf dem heutigen Wohnungsmarkt oft keine Chance mehr“, sagte Feiger. „Eine Politik, die das zulässt, hat versagt. Deshalb muss die Bundesregierung sicherstellen, dass der Bund seine Mitverantwortung in diesem Bereich behält und weiterhin Fördermittel für den Sozialwohnungsbau in Höhe von mindestens 1,5 Milliarden Euro bereitstellt. Die Bundesländer müssen verpflichtet werden, diese Gelder zweckgebunden einzusetzen und sich ihrerseits im entsprechenden Umfang an der Finanzierung zu beteiligen.“